

Paibacher Zeitung



Pränumerationspreis: Mit Postversendung: ganzjährig 30 K., halbjährig 15 K. Im Kontor: ganzjährig 22 K., halbjährig 11 K. Für die Zustellung ins Haus ganzjährig 2 K. — Insektionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 50 h, größere per Zeile 12 h; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 8 h.

Die „Paibacher Zeitung“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Administration befindet sich Miklosi-straße Nr. 20; die Redaktion Miklosi-straße Nr. 20. Sprechstunden der Redaktion von 8 bis 10 Uhr vormittags. Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen, Manuskripte nicht zurückgestellt.

Telephon-Nr. der Redaktion 52.

Nichtamtlicher Teil.

Der ungarische Adressentwurf.

Der am 24. d. M. vom Adressausschusse dem Abgeordnetenhaus vorgelegte Adressentwurf geht von dem in der jüngsten Thronrede ausgesprochenen Wunsche des Königs aus, daß das verfassungsmäßige und gesetzliche Zusammenwirken sämtlicher Faktoren des staatlichen Lebens in der Zukunft stets ungetrübt bleibe. Diese königlichen Worte begegnen auch den Wünschen der Nation. Die Nation fordert mit der Errichtung der selbständigen Bank kein neues Recht, sie will nur ihr gesetzlich gewährleistetes Recht ausüben. Das wirtschaftliche Interesse des Landes fordert die Errichtung der selbständigen Bank. Auch für das wirtschaftliche Verhältnis zu Ungarn und Oesterreich sind nur günstige Resultate von der Errichtung der selbständigen Bank zu erwarten. Die erste unerläßliche Bedingung eines starken Ungarn, eines starken Oesterreichs und der Macht des Thrones ist die selbständige Einrichtung unseres Kreditwesens. Auch die Kriegsbereitschaft wird dadurch nicht berührt, denn auch die selbständige ungarische Bank wird gleich der selbständigen österreichischen Bank imstande und bereit sein, den Beruf der in diesen Belangen eventuell der Notenbank harret, zu erfüllen. Nach alledem hofft das Abgeordnetenhaus, der König werde die Nation in der Geltendmachung ihres Rechtes nicht hindern. Es würde den Glauben der Nation an die sanktionierten Gesetze erschüttern, wenn sie sich überzeugen müßten, daß der Verwirklichung ihrer Wünsche ständige Hindernisse in den Weg gelegt würden. „Nur die Geltendmachung der Gesetze und der Rechte der Nation kann“, so schließt der Entwurf, „das ruhige Regiment und das Glück des Volkes sicher Majestät sichern.“

Der Entwurf ist vom Präsidenten des Adressausschusses Ladislaus Kattay und dem Referenten Desider Ragy unterzeichnet.

England und die Türkei.

In den maßgebenden englischen Kreisen blickt man, wie aus London gemeldet wird, der Tätigkeit des neuen

türkischen Kabinetts mit günstigen Erwartungen für die weiteren Fortschritte der Türkei entgegen. Die Anerkennung, die sich der Großwesir Halki Pascha durch die Tätigkeit, die er in seinen früheren Stellungen entwickelte, erworben hat, berechtigte zu der Hoffnung, daß es ihm gelingen wird, die öffentlichen Angelegenheiten der Türkei trotz der bedeutenden Schwierigkeiten einer ersprießlichen Gestaltung zuzuführen. Die Sympathien, mit welchen die erwähnten Kreise das neue türkische Ministerium begleiten, werden, wie man betont, durch den Widerstand, der sich an einzelnen Stellen der Türkei gegen englische Unternehmungen bemerkbar macht, und durch die Gegnerschaft, auf welche die Mitarbeit der englischen Industrie beim Ausbau der türkischen Flotte voraussichtlich stoßen werde, nicht beeinträchtigt. Man verfolge auf englischer Seite durchaus nicht das Ziel, der Türkei beim Prozesse ihrer inneren Neugestaltung irgendwelche Fesseln der Vormundschaft anzulegen. Aus der Geneigtheit der Engländer, dem ottomanischen Reiche in der einen oder anderen wirtschaftlichen Beziehung Beistand zu leisten, dürfe nicht geschlossen werden, daß sie die selbständigen Leistungen der Türken für die Erstarkung ihres Landes anders als mit Beifall begrüßen werden.

Politische Uebersicht.

Paibach, 25. Jänner.

Am 24. d. M. trat das ungarische Abgeordnetenhaus zu einer Sitzung zusammen, in welcher das Allerhöchste Handschreiben, betreffend die Enthebung des Kabinetts Bekerele und die Ernennung des neuen Ministeriums, zur Verlesung kam. Es entwickelte sich hierüber eine längere Geschäftsordnungsdebatte, in der es zu heftigen Szenen kam, welche den Präsidenten veranlaßten, die Sitzung zu suspendieren. Nach deren Wiederaufnahme begründete Abg. von Jusztiz den Beschlußantrag seiner Partei, worin der Regierung das Mißtrauensvotum ausgesprochen wird. Sodann ergriff Ministerpräsident Graf Khuen-Höderváry zu seiner Programmrede das Wort.

Im nächsten päpstlichen Konfistorium, dessen Abhaltung für den April in Aussicht genommen ist, dürfte

die Ernennung von acht neuen Karдинаlen erfolgen. Unter den Kirchenfürsten, die diese Würde erhalten sollen, werden sich jedenfalls der päpstliche Nuntius in Wien, Monsignor Granito di Belmonte, die Erzbischöfe von London und Paris sowie der Patriarch von Bissabon befinden.

Anlässlich des Brandes des Tschiraganpalastes stellt sich die „Neue Freie Presse“ die Frage, ob die Verjüngung der Türkei volle Wirklichkeit ist und ob sich die Jungtürken nicht über den Willen des Volkes täuschen. Die kleinen Balkanstaaten kümmern sich jetzt schon um jene Möglichkeiten der Entwicklung, die an dem Tage bedeutungslos würde, an welchem die jungtürkische Politik zusammenbräche. Was tun inzwischen die Großen? Oesterreich-Ungarn und Rußland, beide wollen den Schutz der verfassungsmäßigen Türkei, und beide haben zu überlegen, was geschehen solle, wenn der Glaube an den Erfolg dieser bewundernswürdig über die größten Schwierigkeiten siegenden Politik dennoch sich nicht erfüllen sollte. Die stärksten Triebkräfte der Politik haben in Rußland noch immer zu Beziehungen des Vertrauens in die österreichisch-ungarische Monarchie gedrängt. Das war stets so; unter Gorzafow und unter Lobanov, von Reichstadt bis Würzberg. Es kann sein, daß Europa bald vor einem wichtigen Ereignisse stehen wird. Vor dem Ereignisse, daß Rußland und die österreichisch-ungarische Monarchie wieder miteinander reden.

Das „Fremdenblatt“ findet es nur natürlich, daß der bekannte amerikanische Vorschlag bei Rußland keine Zustimmung gefunden, in Japan aber geradezu aufreizend gewirkt habe. Es bleibt nunmehr, nachdem der Neutralisierungsplan gescheitert ist, der amerikanische Alternativvorschlag — Bau einer Bahn von Tschintschu nach Atsum — aber weiter besteht, abzuwarten, wie Staatssekretär Knox diesen Vorschlag betreiben wird. Japan könnte sich, um den Bau dieser Bahn zu verhindern, kaum auf das Abkommen vom Jahre 1907 berufen, durch welches es gegen Konkurrenzlinien im natürlichen Attraktionsgebiet der von ihm beherrschten Bahn gesichert ist. Ein solcher Protest würde den im Portsmouther Vertrag China gewährten Rechten zu-

Fenilleton.

Christoph Schulzes Brautschau.

Eine heitere Geschichte mit erstem Hintergrunde von
G. Fischer-Markgraff.

(43. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Es stieg ihm plötzlich heiß in die Augen, er stützte den Kopf in die Hände und fühlte, wie es ihm heiß zwischen den Fingern perlte.

Als Heinz spät in sein Zimmer kam, sah er Christoph, noch halb entkleidet, in hellen Strümpfen und Pantoffeln drüben auf- und abgehen.

Er schlich behutsam an die Tür, um sie ins Schloß zu drücken, er konnte den anderen nicht sehen, heute abends, da wurde diese hastig von innen aufgestoßen: „Bist du es, Freund?“

Hilgenborn hatte sich auf den Rand seines Bettes niedergelassen: „Was willst du?“ fragte er müde.

Der andere war lebhaft auf ihn zugetreten: „Junge, du weißt, wie es um mich steht, du weißt auch, daß mir jede Beredsamkeit fehlt — ein Ende muß doch mal gemacht werden, damit man wieder zur Ruhe kommt. Ich bitt' dich, Heinz, übernimm du es, mach' Kathi für mich den Antrag . . .“ Er verstummte; der andere hatte aufgelacht, bitter und schallend. Warum denn nicht? Schließlich konnte er ja auch das noch!

„Was siehst du mich so an!“ sagte er zu Christoph, „ich will ja alles tun; sei ruhig, ich übernehm's, dein Vertrauen ehrt mich außerordentlich. Aber wenn du mir einen Gefallen tun willst, dann laß mich jetzt allein,“ er drängte den anderen zur Tür, „schlaf, mein Alter, morgen reden wir weiter.“

Christoph hatte, erstaunt und etwas verwirrt, das Zimmer verlassen, Heinz warf sich auf sein Bett und verbergte den Kopf in die Kissen, dann sprang er plötzlich auf und begann im Zimmer auf und nieder zu gehen. Da wurde von drüben ein Stiesel gegen die Tür geschleudert, eine nachdrückliche Mahnung zur Ruhe: „Sei doch still, andere Leute wollen schlafen.“

Heinz hatte mit zuckendem Munde das Licht gelöscht und sich in den Lehnstuhl am Fenster geworfen. Jetzt konnte der schlafen! — und so einem wollte sie sich zu eigen geben!

Als Kathi ihr Schlafzimmer betrat, schloß sie hastig den Riegel und zündete die Lichter der Toilette an, alles in scharfer Hast, als gelte es, ein Geheimnis zu verbergen, dann hockte sie nieder, zog eilig die unterste Schublade auf und begann allerhand hervorzuframen, Kindertand, Spielzeug, zuletzt eine große Puppe im Stechkissen und weißen Häubchen mit blauen Seidenschleifen.

Mit behutsamen Fingern strich sie die blonden Haare unter das Häubchen und zupfte das Zäckchen zu recht, dann hielt sie das kleine Geschöpfchen mit wiegender Bewegung in den Armen und sah lange schweigend darauf nieder. Und plötzlich, in überstürzter Hast, schob sie alles wieder hinein, zwangte die Schublade ein und drehte den Schlüssel um, dann lehnte sie den Kopf an das kalte Holz und weinte leise vor sich hin.

Ein trüber, wolkenverhangener Tag, warm wie im Sommer. Frau Resi hatte ihre Blumentöpfe ins Freie getragen, die sich förmlich zu dehnen schienen unter dem erfrischenden Einfluß des unaufhörlich, wie feiner Windfaden herniederrieselnden Regens.

Von den umgelehnten Stühlen und Tischen des Gartens tropfte das Wasser hernieder, die Blätter der

Büsche und Bäume glänzten wie frisch poliert. Wie Aufatmen, wie neues, verlangendes Leben ging es durch die Natur.

Kathi hatte ein Fenster des Gartensaales geöffnet, ein Tischchen herangeschoben und arbeitete an einer Zeichnung, ein Geburtstagsgeschenk für Herrn von Hansen.

Sie hatte den Oberkörper zurückgebogen und betrachtete mit zusammengezogenen Augenbrauen die Licht- und Schattenwirkung des Aquarells, während die feinen Rasenflügel, der geöffnete Mund wie unbewußt den belebenden Erdgeruch in sich einatmeten. Darüber hatte sie überhört, daß Schritte die Verandatreppe heraufkamen und jemand den Gartensaal betreten hatte.

Als Kathi von ihrer Arbeit aufblickte, sah sie Heinz auf der Schwelle des Zimmers stehen, die Augen mit rätselvollem Ausdruck auf ihr Gesicht geheftet.

Sie schob das Tischchen zurück und wollte sich erheben, er machte eine abwehrende Bewegung: „Ich bitte, Cousine.“

Sie setzte sich bestürzt, während ihr Blick unruhig über sein blaßes Gesicht mit den tiefen Schatten unter den Augen hinirrte, auf dem es wie ein harter, mühsam erkämpfter Entschluß lag.

Er atmete einigemal tief, ganz tief, er setzte zum Sprechen an, dann wandte er den Kopf der Tür zu, vor der es wie leises Tappen und das Knarren eines Korbstuhls klang. Nicht einmal die paar Minuten konnte der schlappe Kerl stehen, dann griff er nach einer Stuhllehne und stützte sich darauf: „Cousine . . .“

Der Ton klang rau und gebrochen, er bemerkte ihren verwunderten Blick und räusperte sich. Nur erst eine halbe Stunde älter sein . . .“ dachte er.

(Fortsetzung folgt.)

widerlaufen. Wird Japan trotzdem protestieren? Würde Amerika die Widerrufung der Konzeption zulassen, deren vollgültige Bekräftigung es soeben durchgesetzt hat? Die Frage, die Staatssekretär Knox aufgeworfen hat, bleibt in ihrem politischen Sinn und in ihrer vollen Tragweite auf der Tagesordnung.

Tagesneuigkeiten.

— (Eine Herzensgeschichte.) Im zweiten Bezirke in Wien lebte bis vor wenigen Tagen ein großer Unternehmer, ein Millionär. Er hatte einen einzigen Sohn. In einem der Zinshäuser des Millionärs dient ein Hausmeister, der Vater eines wunderhübschen Mädchens ist. In dieses verliebte sich der Millionärssohn, hütete aber seine Neigung vor den Eltern als strenges Geheimnis. In den letzten Tagen nun offenbarte er es dem Vater mit dem Entschlusse, daß er das Mädchen heiraten werde. Er sei schließlich selbständig, in einkommenreicher Stellung, habe den Hochzeitstag auch schon festgesetzt. Tiefbewegt stimmte der Vater dem Entschlusse des Sohnes zu. Doch wenige Minuten später sank er zusammen. Den alten Herrn hatte der Herzschlag getroffen, und kurz nachher war er tot. Man trug ihn an dem Tage nach dem Friedhofe, an dem sein Sohn hätte zum Traualtar schreiten sollen.

— (Der Eiffelturm in Einsturzgefahr.) In Paris wurden in der Nähe des Eiffelturmes die Zugänge für das Publikum gesperrt. Es haben sich nämlich starke Bodenversenkungen in der Umgebung des Fundamentes des Eiffelturmes bemerkbar gemacht. Die Behörde wurde sofort in Kenntnis gesetzt. Eine Kommission ist damit beschäftigt, die Höhe der Einsturzgefahr festzustellen. Die Situation ist jedenfalls nicht unbedenklich.

— (Der moderne Turm von Babel.) Die Erzählung der Bibel von dem Sprachgewirr beim Turmbau zu Babel erscheint bescheiden und gewissermaßen veraltet gegenüber der aus allen möglichen Sprachen zusammengesetzten Sinfonie, die jetzt bei Tag und Nacht von der Station für drahtlose Telegraphie auf dem Eiffelturm in Paris ausgeht. Die Herzschen Wellen treffen hier von allen Stationen für Radiotelegraphie zusammen, von Schiffen auf dem Meere, von Stationen an den Küsten, von den großen radiotelegraphischen Posten der Hauptstädte. Es ist, wie der Pariser Professor Maurice Guéritot im „Electricien“ ausführt, als ob vom Sturme aufgeschauelte Nachtvögel durch das blendende Feuer eines Leuchtturmes unüberwindlich angezogen würden. Unaufhörlich und zu gleicher Zeit langen Meldungen aus aller Herren Länder an: Telegramme, die den großen, transatlantischen Dampfern auf hohem Meere nachgesandt werden, wechseln mit solchen, die von den amerikanischen Stationen nach dem Kontinente ergehen; eben kommt ein von Spanien nach Holland bestimmtes Telegramm an und fast im selben Augenblicke eines, das den Weg von der russischen Küste gemacht hat. Die diensttuenden Sprachkundigen Beamten der Station wissen fast jedesmal, mit wem sie es zu tun haben. Ein leises, langsame Geräusch verkündet als Absender die deutsche Station in Rauen bei Berlin, ein sehr rasches, scharfes den englischen Posten von Boldhu, während ein langgedehntes, aber durch die große Entfernung schwach gewordenes die amerikanische Station von Glace Bay meldet. Wie wird sich dieses Sprachgewirr zu einem Stimmengewirr erst steigern, wenn die Telegraphie ohne Draht durch das drahtlose Telephon ersetzt ist? Dann wird auf dem Eiffelturm ein Konzert aus allen Weltteilen ertönen, das sich noch vor zehn Jahren kein Mensch hätte träumen lassen.

— (Eine Eisenbahntastrophe in Kanada.) Telegramme aus Newyork berichten über die Eisenbahntastrophe auf der kanadischen Pacificbahn folgendes: Der Zug bestand aus sieben Waggons und führte ungefähr zweihundert Passagiere, als er von Sudbury abfuhr. Er raste mit einer Geschwindigkeit von 65 Kilometer in der Stunde über die Brücke des Spanischen Flusses, als plötzlich ein Waggon, wahrscheinlich infolge einer losen Schiene, entgleiste. Ein Waggon und der Speisewagen erster Klasse brachen durch das Gelände und stürzten auf die Eisfläche des gefrorenen Flusses hinab. Diese brach ein und die Waggons sanken unter Wasser. Die wenigen Insassen, die den Sturz überlebten, hatten, verjagt in wahnsinniger Todesangst sich durch Türen und Fenster zu retten, wurden aber vom eindringenden eiskalten Wasser überwältigt und ertranken. Es spielten sich Szenen der Verzweiflung ab, die jeder Beschreibung spotten. Die nicht unter Wasser befindliche Hälfte des einen Waggons geriet in Brand, und die Insassen verbrannten lebendig. Die Überlebenden der anderen Waggons wurden bei ihrer Hilflosigkeit angefaßt der schaurigen Szenen, die sich vor ihren Augen abspielten, fast wahnsinnig. Sie versuchten den brennenden Waggon mit Schnee zu löschen, aber alle Anstrengungen waren vergeblich. Ein Kellner im Speisewagen vollbrachte heldenmütige Rettungsstaten. Als der Speisewagen sich mit Wasser füllte, verhinderte er eine Panik unter den Gästen, indem er ihnen zurief, sich an den Gepäckneben festzuhalten. Er kletterte sodann auf das Dach und zog mehrere Passagiere durch die Ventilatoren heraus; obgleich der Wagen immer tiefer ins Wasser glitt und die Überlebenden ihm zuriefen, sich selbst zu retten, wich er nicht und schlug ein Dach ein, durch das er noch mehrere Passagiere rettete. Das rasche Versinken des Waggons jedoch machte alle seine weiteren Rettungsversuche unmöglich.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krainischer Landtag.

Zwanzigste Sitzung am 25. Jänner 1910.

Vorsitzender: Landeshauptmann Franz Edler von Suklje, bzw. Landeshauptmann-Stellvertreter Leopold Freiherr von Lichtenberg.

Regierungsvertreter: k. k. Landespräsident Theodor Freih. v. Schwarz und k. k. Bezirkshauptmann Karl Graf Küngl.

Schriftführer: die Abgeordneten Freih. v. Born und Demšar.

Der Landeshauptmann eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 30 Min. und teilt mit, daß Abg. Dr. Tavčar aus dem Verwaltungsausschusse ausgetreten sei.

An Stelle des Abg. Dr. Tavčar wird aus der Kurie der Städte Abg. Dr. Novak gewählt.

Weiters teilt der Landeshauptmann die eingebrachten Dringlichkeitsanträge und Interpellationen mit, die am Schlusse der Sitzung in Verhandlung gezogen werden sollen.

Abg. Gangl ersucht um Aufklärung, warum der mündliche Bericht über seinen in der letzten Sitzung gestellten Dringlichkeitsantrag, betreffend die Unterstützung der von der Überschwemmung Betroffenen in Idria, nicht auf der Tagesordnung stehe, worauf der Landeshauptmann erwidert, daß darüber noch in der heutigen Sitzung verhandelt werden soll.

Den einzelnen Ausschüssen werden folgende Berichte des Landesauschusses zugewiesen: betreffend die Umwandlung der k. k. Werkvolksschule in Idria in eine allgemeine öffentliche Volksschule; betreffend die Umlage der Steile „Markotov Klanec“ an der Landesstraße Pljuska-Vittai unter Anschluß des betreffenden Gesehtwurfes; in Angelegenheit der Beurteilung und Substitution der am Bürgerschullehrkurs teilnehmenden Volksschullehrer; betreffend die Errichtung der selbständigen Ortsgemeinde Zaier im politischen Bezirke Krain; der Entwurf eines Gesehes, betreffend die Einführung von Kanalbenützungsgebühren in der Landeshauptstadt Laibach; betreffend die Erweiterung des Wirkungskreises der landwirtschaftlich-chemischen Versuchsstation auf Lebensmittelkontrolle; betreffend die Gewährung einer Landessubvention für eine Musterzusammenlegung landwirtschaftlicher Grundstücke; betreffend die Bewilligung eines Landesbeitrages für die Saveregulierung zwischen Krežniš-Poljane und Fischern sowie für die Ausführung eines Uferschutzbaues bei Ponoviče; betreffend den Verkauf einer Teilfläche von den der Schule in Stauden gehörigen Parzellen Nr. 337/1 und 357/3, Katastralgemeinde Sandia; betreffend die weitere Einhebung der bisherigen Auflage von den Mietzinsenträgern in der Landeshauptstadt Laibach; Gesehtwurf über die Abänderung des Gesehes vom 7. November 1900; betreffend die Zusammenlegung landwirtschaftlicher Grundstücke; über die Hilfsaktion zum Ankauf von Futtermitteln für die durch die Dürre im Sommer 1908 betroffenen krainischen Viehzüchter; Gesehtwurf, betreffend die Wasserleitungsanlage für die Stadt Krainburg.

Der Bericht des Landesauschusses, betreffend einige Abänderungen des Organisationsstatutes des Gewerbebeförderungsinstitutes für Krain in Laibach, wird über Antrag des Abg. Dr. Zitnik sofort in Beratung gezogen. Die Abänderungen werden nach dem Berichte des Abg. Jarc ohne Debatte angenommen.

Der Bericht des Landesauschusses, womit der Gesehtwurf, betreffend die Neueregulierung der Holz-, Weide- und Forstprodukten-Bezugsrechte, sowie die Sicherung der Rechte der Eingeforsteten vorgelegt wird, wird dem Verwaltungsausschusse zugewiesen.

Abg. Jabret berichtet namens des Schulausschusses über den Entwurf des Organisationsstatutes für die slovenische Handelsschule in Laibach sowie über die Organisationsbestimmungen, die Unterrichts- und Disziplinarordnung für die Genossenschaftsschule. Der Schulausschuh beantragt u. a. für die Handelsschule die Aufnahme der Bürgerkunde in den Lehrplan, weiters eine Bestimmung, betreffend die Aktivitätszulage der wirklichen Lehrer, die jenen der Staatslehrpersonen der 9. Rangklasse zukäme. Der Direktor erhält eine Aktivitätszulage in der gleichen Höhe, wie sie für Staatslehrpersonen der 8. Rangklasse systemisiert ist. Sämtliche Lehrer sowie der Direktor sind verpflichtet, sich nach ihrer Befähigung und nach Bedarf an allen Abteilungen der Anstalt verwenden zu lassen. Die Lehrverpflichtung wird für den Direktor mit 12, für die übrigen Lehrer mit 20 Stunden in der Woche festgesetzt. — Weiters beantragt der Schulausschuh, die Organisationsbestimmungen, die Unterrichts- und Disziplinarordnung für die Genossenschaftsschule in Laibach an den Landesauschuh mit der Weisung zur neuerlichen Vorlage nach eingeholter Meinung der staatlichen Behörden zurückzuleiten. Der Landesauschuh ist ferner zur Vornahme allfälliger Änderungen zu ermächtigen, die vom k. k. Ministerium für Kultus und

Unterricht verlangt würden insoweit sie nicht wesentliche Bestimmungen betreffen. Er hat den Entwurf dem genannten Ministerium zur Genehmigung vorzulegen und nach deren Einholung alle Vorkehrungen zur Errichtung eines Kuratoriums zu treffen.

Abg. Gangl bemängelt einige Bestimmungen des Organisationsstatutes und kündigt die Einbringung von Abänderungsanträgen in der Spezialdebatte ein. Abgeordneter Dr. Eger verweist darauf, daß seinerzeit auch der Klub der Großgrundbesitzer für die Errichtung der slovenischen Handelsschule in der sicheren Erwartung gestimmt habe, für mittellose deutsche Handelsschüler werde in der gleichen Weise wie für die slovenischen durch Schaffung von Stipendien behufs Besuches der Handelslehranstalt Mahr vorgesorgt werden. Er habe die Absicht gehabt, einen Resolutionsantrag des Inhaltes einzubringen, daß der Landesauschuh beauftragt werde, fünf Stipendien zu 300 K zu schaffen und daß die Regierung einen Beitrag in der gleichen Höhe bewillige. Doch sehe er davon ab, weil er die Zusage erhalten habe, daß der Schulausschuh in dieser Hinsicht geeignete Vorschläge stellen werde. Seine Partei werde für den Organisationsentwurf stimmen.

Abg. Jarc erklärt gegenüber einigen Bemerkungen des Abg. Gangl, daß sich über die Einrichtungskosten jeder Abgeordnete in der landschaftlichen Registratur informieren könne, ferner daß die „Zadružna Zveza“ im Kuratorium deswegen ihre Vertretung habe, weil von ihr die Initiative zur Schaffung der Handelsschule ausgegangen sei. Was die Vertretung des kaufmännischen Vereins „Merkur“ anbelange, so sei die Kaufmannschaft zur Genüge durch das Gremium vertreten; im übrigen aber wolle der Landesauschuh gerne die vom „Merkur“ in Angriff genommene Herausgabe von Fachbüchern durch Gewährung von Subventionen fördern. Hinsichtlich der Erhöhung der Lehrergehälter habe man gebundene Hände, da das Lehrpersonal an einer Privatschule nicht besser als an staatl. Lehranstalten gezahlt werden könne. Dadurch entstände weiters die Gefahr, daß der Organisationsstatut nicht die ministerielle Genehmigung erhalte, worauf auch die Subventionierung der Schule durch die Regierung ausbliebe.

In der Spezialdebatte führt Abg. Dr. Novak aus, daß die nationalfortschrittliche Partei die Errichtung der slovenischen Handelsschule mit Freuden begrüßt habe; aber nunmehr müsse jeder Verdacht beseitigt werden, daß man bei der Handelsschule wie bei allen Schöpfungen der jüngsten Zeit parteiische Zwecke verfolge. (Oho-Rufe.) Wenn der unter dem Protektorate der slovenischen Volkspartei stehenden „Zadružna Zveza“ eine Vertretung zukomme, so müsse diese auch der „Zveza slov. zadrug“ zugestanden werden, die heutzutage in den ihr angehörigen Genossenschaften an 40.000 Mitglieder vereinige, also eine wichtige genossenschaftliche Organisation darstelle. Die slovenische Volkspartei verbarrikadiere sich jeden Augenblick gegen die Kritik, wie es auch bei der Landesbank geschehen sei, wo sie den Städten und Märkten ausschließlich aus dem Grunde keine Vertretung zugestanden habe, weil diese nationalfortschrittlich gesinnt seien. Merkwürdigerweise aber bringe die Partei der zweiten Nationalität im Lande genügend Sympathie entgegen; Beweis dessen ihr Verhalten in der Handels- und Gewerbeammer, weiters im Landesschulrate anlässlich der Anstellung eines deutschen Lehrers für eine Ortschaft in Oberkrain und die Ernennung eines deutschen Landesbauingenieurs ohne vorher erfolgte Stellenausschreibung. — Abg. Dr. Novak protestiert gegen ein parteiisches Verfahren bei einer Anstalt, die dem ganzen Lande zum Nutzen reichen sollte, und stellt zum Schlusse den Antrag, auch der „Zveza slov. zadrug“ einen Vertreter im Kuratorium der slovenischen Handelsschule einzuräumen oder im Ablehnungsfalle die Vertretung der „Zadružna Zveza“ aufzulassen.

Abg. Dr. Lampe tritt den Ausführungen des Abg. Dr. Novak mit der Bemerkung entgegen, daß seine (Redners) Partei das Genossenschaftswesen als keine politische Angelegenheit betrachte. Sollte die wirtschaftliche Organisation als ein Politikum angesehen werden, so trage schon jede derartige Institution bei ihrer Gründung den Keim des Todes in sich. Die slovenische Volkspartei fordere nur für jene Organisation eine Vertretung im Kuratorium der Handelsschule, die aus dem wirtschaftlichen Bedürfnisse des Volkes hervorgegangen sei. Dr. Lampe verwahrt sich gegen die Behauptung, daß die „Zadružna Zveza“ unter dem Protektorate der slovenischen Volkspartei stände. (Heiterkeit und Zwischenrufe bei den nationalfortschrittlichen Abgeordneten.) Wenn Abg. Dr. Novak betone, daß in der „Zveza slov. zadrug“ die fortschrittlichen Elemente vereinigt seien, so habe dieser Abgeordnete selbst die Organisation als politisch bezeichnet. (Widerpruch.) — Redner beschäftigt sich sodann mit der Ernennung des deutschen Kompetenten für Weissenfels und erklärt, daß von den beiden slovenischen Kompetenten der eine unmittelbar vor der Besetzung dieser Stelle diszipliniert worden, der andere hingegen etwas früher in Diszipli-

naruntersuchung gestanden sei. Die Vertreter der Slovenischen Volkspartei hätten also für keinen dieser Kompetenten stimmen können; für den deutschen Kandidaten hätten sie aber auch nicht ihre Stimme abgeben wollen und hätten sich daher der Abstimmung enthalten. — Wenn Abg. Dr. Novak auf das angebliche Bündnis der Slovenischen Volkspartei mit den Deutschen in der Handelskammer hinweise, so habe gerade Abg. Dr. Novak nicht das Recht, im Namen der Handelskammer zu sprechen. (Heiterkeit.) Die Slovenische Volkspartei tue niemandem unrecht. (Zwischenrufe.) Noch vor nicht langer Zeit habe in diesem Hause ein Abkommen bestanden, das den Deutschen Vorteile gebracht habe (Händeklatschen bei den Mitgliedern der Slovenischen Volkspartei) und wenn es den nationalfortschrittlichen Abgeordneten zweckdienlich wäre, so würden sie sich im ersten Momente wieder mit den Deutschen zuschließen. (Zwischenrufe, Unruhe; der Landeshauptmann gibt das Glockenzeichen.) Abg. Dr. Lampe schließt mit der Feststellung, daß das Land mit dem Ingenieur Geißhofer eine treffliche Arbeitskraft gewonnen, und erklärt, seine Partei werde nur für die Vertretung des wahren Genossenschaftswesens im Kuratorium der Handelschule stimmen. (Beifall.)

Abg. Gangl tritt dafür ein, daß der Verein „Merkur“ einen Vertreter im Kuratorium erhalte, und verweist auf die erfolgreiche Tätigkeit dieses Vereines, der dadurch beweise, daß er der fachlichen Ausbildung der Kaufmannschaft das regste Interesse entgegenbringe. — Die Aufsicht der Schul- und Disziplinarordnung an der Handelschule unterstehe sicherlich nicht dem Kuratorium, sondern falle in die Autonomie der Leitung und des Lehrkörpers.

Abg. Dr. Kref erklärt, seine Partei sei zu oft von der nationalfortschrittlichen Partei des Trennbruches bezichtigt und als eine Partei ohne jede Intelligenz hingestellt worden, als daß man auf solche Vorwürfe weiter reagieren sollte. Dank der Slovenischen Volkspartei schreite die wirtschaftliche und die kulturelle Entwicklung des Volkes rüstig fort und das politische Bewußtsein werde gehoben. (Zustimmung.) Die Vertretung der „Zadrúna Zveza“ im Kuratorium sei notwendig, denn sie habe eine Type der Genossenschaftsschule angeregt, mit deren anderwärtiger Einführung man sich auch in Wien lebhaft beschäftige. Sie habe sich notwendig an eine genossenschaftliche Organisation anlehnen müssen. Die „Zveza slov. zadrug“ sei zu jener Zeit kaum gegründet worden; man habe eigentlich nur gewußt, daß darin ein Teil des Genossenschaftswesens auf liberale Grundlage gestellt worden sei. Von der „Zadrúna Zveza“ sei immerdar betont worden, daß in das Genossenschaftswesen keine Politik hineingetragen werden dürfe. (Beifall.) — Abg. Dr. Kref spricht sich gegen die Vertretung der „Zveza slov. zadrug“ aus, weil dadurch eine Teilung der Zentrale herbeigeführt würde. Eine Teilung aber wäre nur für das landwirtschaftliche und für das gewerbliche Genossenschaftswesen angebracht. In ein und derselben Sache dürfe der Konkurrenz nicht freie Bahn eröffnet werden. (Zustimmung und Widerspruch.) Die „Zadrúna Zveza“ stelle zu allem übrigen die Lehrkräfte zu einem so billigen Modus bei, wie er sich nicht billiger finden ließe.

Abg. Dr. Novak hält dem Abg. Dr. Kref vor, daß er seinerzeit dem liberalen Genossenschaftswesen den Kampf bis ans Messer angekündigt habe. (Widerspruch seitens des Abg. Dr. Kref.) Die Slovenische Volkspartei spreche immer nur von ihrem Genossenschaftswesen, aber nie von einer Organisation des Slovenischen Volkes. Das gesamte Genossenschaftswesen im Lande werde man niemals unter einen Hut bringen. — Dem Abg. Dr. Lampe gegenüber hält Redner seine Behauptung, betreffend das Abkommen der Mitglieder der Slovenischen Volkspartei mit den Deutschen in der Handelskammer, aufrecht.

Abg. Dr. Kref verwahrt sich dagegen, daß er jemals gesagt hätte, die „Zveza slov. zadrug“ müsse deswegen bekämpft werden, weil sie liberal sei. Seine Aversion gegen diesen Verband datiere aus der Zeit, als sich die Nationalfortschrittlichen wie beispielsweise bei der gemeinsam proponierten Gründung der Molkereigenossenschaften eines Wortbruches schuldig gemacht hätten. Aber selbst da habe er nur erklärt, daß die nationalfortschrittliche Organisation solange bekämpft werden müsse, bis alles Angefunde darin vernichtet werde. — Wenn es leider hüben und drüben Personen gebe, denen das gegnerische Lob zur Befriedigung gereiche, so müsse er erklären, daß jedermann Anerkennung nur in der eigenen Partei zu suchen habe.

Abg. Dr. Lampe erklärt, daß die nationalfortschrittliche Partei kein Recht habe, über das Genossenschaftswesen zu reden, denn sie sei ihm seit jeher feindlich gegenüber gestanden. (Widerspruch.) Sie habe sich an die Seite von Bucherern gestellt. (Stürmischer Widerspruch. Rufe: Wann? Namen nennen! Verleumdung!) Der Liberalismus sei dem Genossenschaftswesen naturgemäß feindlich gesinnt. Die nationalfortschrittliche Partei habe nur jene Kreditgenossenschaften gelten

lassen, die ihr angenehm gewesen seien und die sich in den Händen einiger Magnaten befunden hätten. (Unruhe, Zwischenrufe.) Die heutige Dissonanz sei nur die Frage des Verhältnisses zwischen Liberalismus und Genossenschaftswesen. (Lärm.) Leute von liberaler Gesinnung seien für die Leitung des Genossenschaftswesens unfähig. Die vom Abg. Dr. Novak zitierten Ziffern hätten für ihn keinen Wert; man wisse, wie die „Zveza slov. zadrug“ die „Celjska zveza“ ihrer Mitglieder beraubt habe. (Stürmische Entrüstungsrufe; der Landeshauptmann läutet. Beleidigende Zurufe gegen den Abg. Dr. Lampe. Große Aufregung.)

Abg. Dr. Novak bezeichnet die Ausführungen des Abg. Dr. Lampe als lügenhaft. Die Mitglieder der „Celjska zveza“ seien freiwillig zur „Zveza slov. zadrug“ übergetreten. Diese werde sicherlich so lange wie die „Zadrúna Zveza“ bestehen.

Es wird sodann in die Beratung der weiteren Bestimmungen eingegangen, wobei Abg. Gangl mehrere Abänderungsanträge stellt. Er beantragt, daß die Leitung bei auf ihre Verantwortlichkeit getroffenen Verfügungen nachträglich die Genehmigung des Kuratoriums einzuholen hätte, daß die Stellen rechtmäßig ausgeschrieben werden müßten, daß dem Turnlehrer die gleichen Bezüge wie den sonstigen Lehrkräften zustehen hätten und daß die Schulnachrichten nicht quartaliter, sondern semestral zu verteilen wären. Alle diese Anträge werden abgelehnt; die vom gleichen Abgeordneten gestellten Resolutionen, betreffend die Maximalstundenanzahl des Direktors sowie der Lehrpersonen, hingegen werden, nachdem sich Abg. Jarc dafür ausgesprochen, angenommen. Auch das Organisationsstatut wird zum Beschlusse erhoben.

Es gelangt nun der Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Gangl, betreffend die Gewährung einer Unterstützung von 6000 K an die durch die letzte Überschwemmung betroffenen Bewohner von Zdrja, zur Verhandlung. Abg. Dr. Zinik beantragt namens des Finanzausschusses die Ablehnung dieses Antrages mit der Begründung, daß für die Schäden der Staat aufzukommen habe, weil durch die unterlassene Beseitigung des ihm gehörigen Wasserrechens die Überschwemmung verschuldet worden sei.

Abg. Gangl tritt für die Gewährung der Unterstützung ein, wobei er die schon anlässlich der Begründung seines Dringlichkeitsantrages angeführten Umstände neuerlich geltend macht. Er beantragt, daß der Bericht des Finanzausschusses nicht zur Kenntnis genommen werde, sondern daß der Antrag neuerlich an diesen Ausschuss mit der Weisung zu leiten sei, darüber in günstigem Sinne Bericht zu erstatten. Die Zdrjaner würden sonst die Überzeugung gewinnen, daß sie das Land nur dann kenne, wenn sie die Landesumlagen in der Höhe von 48.000 K entrichten müßten. Im übrigen würde sich die Sache ganz anders stellen, wenn die Zdrjaner Stadtvertretung anders wäre, als sie sei, und wenn auch der Landesauschuss anders zusammengesetzt wäre.

Abg. Dr. Kref vertritt die Anschauung, daß für aus Wetterkatastrophen entspringende Schäden der Staat aufzukommen hätte. (Abg. Dr. Triller: Aber fürs Marianum fann das Land 100.000 K zahlen!) Das Marianum ist eben auch keine Wetterkatastrophe. (Heiterkeit.) Krain habe an staatlichen Unterstützungen bisher viel weniger erhalten als beispielsweise Böhmen, wo sogar reiche Fabrikanten unverzinslicher staatlicher Darlehen teilhaft geworden seien. Wie käme zudem das Land Krain für die Stadt Zdrja etwas zu zahlen, wo der Schaden infolge eines Versäumnisses des Staates entstanden sei? Die Gewährung einer Unterstützung wäre ein gefährliches Präjudiz für die Landesfinanzen.

Abg. Dr. Sustersič erinnert daran, daß über seinen Antrag vor Jahren ein Betrag von 250.000 K für Wetter Schäden bewilligt worden sei. Die Folge davon sei gewesen, daß der Staat nichts beigetragen, sondern die betreffende Summe für Böhmen und Galizien bewilligt habe. Diese Erfahrung lehre, daß das Land niemals Unterstützungen infolge Wetter Schäden bewilligen dürfe, sondern daß hierzu der Staat heranzuziehen sei.

Abg. Dr. Lampe verwahrt sich gegen den Vorwurf, daß der Landesauschuss der Stadtgemeinde Zdrja gegenüber irgend eine Animosität zur Schau trüge. Er siehe ihr ebenso wohlwollend gegenüber wie anderen Gemeinden. (Ruf: Wie Laibach gegenüber!) Die Zdrjaner Bevölkerung werde vom Landesauschusse gegen den herrschenden Bloch in Schutz genommen, weil die Stadtinteressen gewahrt werden müßten.

Abg. Dr. Novak zitiert statistische Daten, denen zufolge im Jahre 1907 verschiedene Unterstützungen für Wetter Schäden bewilligt worden seien. Warum könnte also das nicht im Jahre 1910 für Zdrja geschehen? Er tritt für die Zurückleitung des Antrages Gangl an den Finanzausschuss ein.

Abg. Povše verweist darauf, daß das Land zu der Regulierung der Rifova im Betrage von 225.000 Kronen 30 % beisteuern werde. Daraus ergebe sich die

Haltlosigkeit des Vorwurfs, daß die Landesvertretung der Stadtgemeinde Zdrja kein Wohlwollen entgegenbringe.

Abg. Gangl befürwortet neuerlich seinen Antrag, doch wird der Antrag des Finanzausschusses mit den Stimmen der Mitglieder der Slovenischen Volkspartei zum Beschlusse erhoben.

Der Landeshauptmann unterbricht sodann die Sitzung um 12 Uhr 30 Min. und ordnet deren Fortsetzung auf 3 Uhr nachmittags an.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung verhandelt das Haus über den Dringlichkeitsantrag des Abg. Jarc und Genossen, betreffend das Vorgehen der Organe der Allgemeinen Lebensmitteluntersuchungsanstalt in Graz. Berichterstatter Abg. Povše stellt namens des Verwaltungsausschusses den Antrag, daß die Regierung aufzufordern wäre, eine Untersuchung hinsichtlich der ordnungsmäßigen Unternehmung der Milch durch die erwähnten Organe einzuleiten und zu diesem Zwecke zunächst heimische Fachleute einzuvernehmen, daß weiters die Regierung aufzufordern wäre, eine entsprechende Remedur zu schaffen und endlich die Autorisation der hiesigen landwirtschaftlich-chemischen Versuchsanstalt zur Untersuchung von Lebensmitteln, bezw. die Schaffung einer eigenen staatlichen Versuchsanstalt zu erwirken.

Landespräsident Freiherr von Schwarz gibt eine ausführliche Darstellung der Angelegenheit, woraus hervorgeht, daß vielfach unreine oder minderfette Milch in die betreffenden Molkereien gebracht wurde und daß sich die Angelegenheit der Autorisation der Laibacher Versuchsanstalt im besten Gange befinde.

Sodann wird der Antrag des Verwaltungsausschusses angenommen.

Abg. Povše berichtet namens des gleichen Ausschusses über den Dringlichkeitsantrag des Abg. Dr. Lampe, betreffend die Einhebung der erhöhten Straßenumlagen durch die Bezirksstrafenausschüsse im Ausmaße von mehr als 20 %, jedoch nicht über 50 %. Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Zur Verhandlung gelangt der Bericht des Verfassungsausschusses über den Gesetzentwurf, womit einige Bestimmungen der Gemeindeordnung für die Landeshauptstadt Laibach abgeändert und ergänzt werden sowie eine neue Gemeindevahlordnung erlassen wird. (Wir veröffentlichen den Gesetzentwurf an anderer Stelle.)

Berichterstatter Jarc leitet die Verhandlung ein. Durch die Wahlreform soll die vor 27 Jahren vom Freiherrn v. Winler ausgearbeitete Wahlordnung verallgemeinert werden. Der Laibacher Gemeinderat habe trotz allen Urigierens nichts zur Sache getan. (Ohnrufe.) Erst nach Einführung des allgemeinen Wahlrechtes für den Landtag sei vom Bürgermeister Gribar ein Elaborat ausgearbeitet worden, indes habe der Landesauschuss den darin zum Ausdruck gebrachten Grundsätzen nicht beipflichten können, weil dadurch eine Nichtübereinstimmung zwischen Laibach und den übrigen Gemeinden geschaffen würde. Der sodann vom Landesauschusse ausgearbeitete Gesetzentwurf habe durch den Verfassungsausschuss manche Änderung erfahren. Die Notwendigkeit der Wahlreform sei unzweifelhaft, da die Wählerliste in der Anzahl der Wähler in mancher Beziehung den demokratischen Ansichten zuwiderlaufe. Heutzutage gebe es in Laibach über 2000 Injassen, die kein Wahlrecht ausüben könnten, und doch sei gerade der Arbeiter einer der kräftigsten Steuerzahler. Die Gemeinde sollte demgegenüber wieder ein musterhafter Arbeitsgeber sein. Die Organisation der Approvisionierung sei eine der Hauptaufgaben der Stadtverwaltung, ebenso die Wohnungsfrage und die Organisation des Schulwesens. In allen diesen Fragen sei den Arbeiterklassen bisher kein Wort zugekommen. Je mehr den Einzelnen Rechte zugestanden würden, desto mehr würden sie für das öffentliche Wohl wirken und desto lieber ihre Pflichten gegenüber dem Staate erfüllen. Wenn dieses Wort richtig sei, so gelte es noch viel mehr für einen kleinen Organismus, wie es Laibach sei. — Abg. Jarc erörtert sodann unter Zwischenrufen der nationalfortschrittlichen Abgeordneten die wesentlichsten Bestimmungen der Wahlreform, verweist u. a. auf die Erfolge des Proportionalsystems in Belgien und erklärt, daß die Tiraden der nationalfortschrittlichen Partei für seine Gesinnungsgenossen tempi passati seien. Durch die Wahlreform soll unter der Bevölkerung Laibachs höheres Interesse für die Stadtverwaltung hervorgerufen werden. (Beifall.)

Abg. Dr. Triller erklärt, die Linke des Hauses wolle heute einen besonderen Festtag begehen und sozusagen ihrem Gebäude den Schlussstein einmauern. Aber die Freude komme zu früh; denn die Ausführung des Baues sei wenig solide. Bedauerlich sei es, daß der Vertreter der Regierung bisher noch nicht seine Stimme erhoben habe. Redner wolle nicht als Parteimann, sondern als Verteidiger der Autonomie der Stadtgemeinde Laibach sprechen. Sei die Reform noch so dringend, so sei das Vorgehen der Mehrheit in dieser Angelegenheit eine Negation der Autonomie und eine Ignorierung der gewöhnlichsten parlamentarischen

Sitten. Das Aufsichtsrecht des Landes dürfe niemals so weit gehen, ein Oltroi zuzulassen. Die Gemeinde Laibach sei nicht einmal zur Ausarbeitung einer Reform aufgefordert worden. Der vom Gemeinderate ausgearbeitete Entwurf sei ein volles Jahr im Landesauschusse gelegen und sei niemals im Hause eingebracht worden. Eine Wahlreform dürfe nicht den Spielball politischer Parteien abgeben. Die national-fortschrittliche Partei sei keine faktische Opposition, sondern eine Opposition der Prinzipien; daher habe sie es nicht gerügt, daß der Gesetzentwurf eigentlich bis heute nicht einmal dem Verfassungsausschusse rechtmäßig zugewiesen worden sei. Sie hätte ferner nichts dagegen, wenn der Entwurf auch nur einen Schritt auf dem Gebiete der Demokratisierung bedeutete. In der staatlichen Struktur sei aus der öffentlichen Organisation leider die Nation ausgeschlossen; auch habe der Staat bisher nicht das Prinzip der nationalen Gleichberechtigung durchgeführt. Wo es Auserwählte gebe, da gebe es auch Bedrückte und diese seien gezwungen, ihren Bestand auch im Gemeinwesen zu verfechten. Wo es keine nationalen Kämpfe gebe, habe sich auch die Gemeinde bedeutend ihrem Ideal genähert. Die Hineinzerrung der Tagespolitik sei gefährlich. Es heiße, eine Parteiherrschaft ohne Opposition sei ungesund. Der Laibacher Gemeinderat sei nun zwar in politischen Fragen homogen, aber in sonstigen Fragen sei er in zahlreiche Fraktionen zerplittert; daraus sei eine Opposition und eine Kontrolle gegeben. Wenn im Gemeinderate der fortschrittliche Kaufmann gut vertreten sei, so komme dies auch dem der Slowenischen Volkspartei angehörigen zugute. — Es sei unmöglich, daß der fortschrittliche Gemeinderat irgend einen Stand politisch verfolgen würde, wie die Slowenische Volkspartei auf dem Lande die Anhänger der national-fortschrittlichen Partei verfolge. In Laibach gebe es keine nationale Minderheit, die berücksichtigt werden müßte, und trotzdem müsse die Stadtgemeinde die deutsche fünfklassige Anabensvolkschule für nur 132 Schüler erhalten. — Redner bespricht einen Schriftenwechsel des Laibacher Magistrates mit der Ortsgemeinde Stodendorf, die ein slowenisches Schriftstück zuerst zurückgewiesen, dann aber das weitere Ansinnen des Stadtmagistrates, dieses Schriftstück überlegen zu lassen, wenn man in Stodendorf nicht slowenisch verstehe, als einen guten Witz bezeichnet habe. Die eventuell in den Laibacher Gemeinderat entsendeten Deutschen könnten wieder Anlaß zu nationalem Hader geben. — Als Ideal einer Stadtpolitik sei eine Interessendvertretung auf Grundlage des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes anzusehen. Hätte die Slowenische Volkspartei einen solchen Entwurf geliefert, so hätte Redners Partei an der Reform mitgewirkt. Die Proportionalität hingegen benehme dem Wähler jede Individualität, sie kenne ihn nur als Anhänger der einen oder der anderen politischen Partei, er bedeute nur eine Ziffer, und das Fazit sei, daß an Stelle des Wahlrechtes des Einzelnen das der Partei trete. — Nach einem Hinweise auf das Wahlverfahren in Linz erklärt Abg. Dr. Triller, daß Aussicht auf einen Wahlerfolg nach der eingebrachten Reform nur größere Parteien mit wohldefinierten Wählern hätten. Er würde dem Proporzsystem für den Reichsrat und für den Landtag mit Freuden zustimmen, könne ihm aber für die Gemeindevahl insoweit nicht beipflichten, als dieses System nicht von oben nach unten durchgeführt werde. Im Gesetzentwurfe seien die rückschrittlichsten Bestimmungen beibehalten worden, Beweis dessen die Einteilung der Klassen, deren erste nicht demokratisiert worden sei, sondern einen verschärft plutokratischen Charakter erhalten habe. Die bisherige zweite Klasse, die Domäne der Beamten, werde durch solche Wähler majorisiert werden, die in Laibach einen Besitz haben oder ein Gewerbe ausüben, wenn sie auch außerhalb der Stadtgemeinde wohnten. So werde jeder Bewohner in Posavje das Wahlrecht ausüben, wenn er nur im Stadtgebiete eine Wiese besitze. Hingegen werde den Minderjährigen das Wahlrecht entzogen werden. In der dritten Klasse würden die Wähler insolge des Pluralsystems ebenfalls durch die Wähler der ersten und zweiten Klasse majorisiert werden, also gerade jene, die der Fluktuation am meisten ausgesetzt seien. Dazu komme für sie noch die Bedingung eines dreijährigen Aufenthaltes in der Stadt; dies bedeute eine antidemokratische und antinationale Sünde. Sogar das Gesetz von Vorarlberg kenne vier Klassen, darunter die vierte als reine Kurie. — Die Theorie und die Praxis der Slowenischen Volkspartei wichen voneinander gewaltig ab; Beweis dessen die Ernennung der Herren Dr. Sustersič, Dr. Kref, Dr. Lampe und Demšar zu Ehrenbürgern der Gemeinde Eisernen, welche Ehrung trotz des seinerzeitigen Ausspruches des Abg. Dr. Sustersič, daß der Handel mit Ehrenbürgern unwürdig sei, die vier Herren nicht abgelehnt hätten. — Durch den Gesetzentwurf werde der Gemeinderat einer Wahlgeometrie erschlossen werden, die sich keineswegs mit dem neuen Gesetze, betreffend das Heimatsrecht, vereinigen lasse. Die Wahlreform sei unannehmbar; die national-fortschrittliche Partei habe im Verfassungs-

ausschusse wiederholt dagegen ihre Bedenken geäußert und werde diese nicht wieder im Hause vorbringen. Redner erklärt, daß sich seine Partei an der Spezialdebatte nicht beteiligen wolle, weil sich die Slowenische Volkspartei nur von Herrschsucht leiten lasse. Aber jede Partei sei verloren, wenn sie, zur Herrschaft gelangt, nicht Mäßigung beobachte. Der Gesetzentwurf sei seiner Form nach parteiisch, seinem Inhalte nach antidemokratisch und seinem Effekte nach antinationale. (Beifall bei den national-fortschrittlichen Abgeordneten.)

Abg. Dr. Eger erklärt, daß der Grund für die große Erregung der Geister wohl in der Bestimmung, betreffend die Proportionalität, liege. Redner könne der Anschauung nicht beipflichten, daß diese nur für die Reichsrats- und Landtagswahlen ein Ideal bedeute. In einer Gemeinde würden nur wirtschaftliche Angelegenheiten beraten; durch die Novelle würden alle größeren Minderheitsparteien an der Beratung und Beschlußfassung teilnehmen können. Die heutige Situation in Laibach, die Erhöhung der Umlagen auf 35% lasse diesen Wunsch noch begreiflicher erscheinen. Diese Erhöhung habe keine plausible Begründung, denn mit den steigenden Ausgaben stiegen auch die Einnahmen. Die Steigerung der Umlagen werde auch den Laibacher Steuerzahler aus seiner Ruhe aufrütteln. Ohne Zweifel werde in den Laibacher Gemeinderat eine Opposition einziehen, wodurch latente Kräfte locker würden. Der weitere Vorteil sei der, daß der Schwerpunkt der Verhandlungen aus dem Klub wieder in die öffentlichen Sitzungen verlegt würde. Auch der heutige Gemeinderat müsse Interesse an einer Opposition haben, wenn er sich nicht dem Verdachte einer parteiischen Verwaltung aussetzen wolle. Die Möglichkeit, daß die Deutschen einige Mandate gewannen, sei nicht ausgeschlossen; wenn sich die national-fortschrittliche Partei dagegen auflehne, so sei dies nicht konsequent, denn sie habe im bekannten Abkommen ausdrücklich das Recht der Deutschen an der Vertretung im Gemeinderate anerkannt. Bezüglich des Einwandes, daß der Gesetzentwurf eine Einschränkung der Autonomie bedeute, sei zu betonen, daß dem Landtage jedenfalls die Gesetzgebung auch in betreff des Gemeindestatutes zustehen. Die vom Gemeinderate ausgearbeitete Reform habe mit dem in Verhandlung stehenden Entwurfe kaum etwas anderes als den Namen gemein. An der heutigen Situation trage auch die national-fortschrittliche Partei selbst die Schuld, weil sie die Gemeindestube als eine Stube betrachtet habe, an deren Ofen sich eine andere Partei niemals wärmen werde. — Der Hinweis auf die Geschichte mit Stodendorf könne doch nicht erhärten, daß es den Deutschen in Krain glänzend ergehe. Redners Partei begrüße jede Änderung in Laibach, weil es ihr nicht schlechter ergehen könne als unter der gegenwärtigen Verwaltung; sie würde sie auch dann begrüßen, wenn eine Opposition ohne die Deutschen einziehe. — Die deutschen Schulen in Laibach würden zumeist aus den Taschen der Deutschen erhalten. (Abg. Dr. Triller: Und das Gymnasium, die Realschule, zwei städtische Schulen?) — Einige Abänderungsanträge wolle sich Redner für die Spezialdebatte vorbehalten. (Beifall bei den Großgrundbesitzern.)

Abg. Gangl bemängelt dem Gesetzentwurf namentlich hinsichtlich der Bestimmung, betreffend die dreijährige Sezhaftigkeit, und der bevorstehenden Majorisierung der dritten Klasse. Er würde nur für eine Wahlreform auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes nach dem Proportionalssystem stimmen. Er fordere die Einführung dieses Wahlrechtes für alle öffentlichen Vertretungen und stelle den Antrag, daß der Landesauschuß eine in diesem Sinne gehaltene Reform bis zur nächsten Session auszuarbeiten hätte. (Beifall.)

Abg. Dr. Pegan bespricht die von der national-fortschrittlichen Partei bekämpfte Vertretung der Deutschen im Gemeinderate unter Hinweis darauf, daß ja diese Vertretung seinerzeit auf Grund des bekannten Abkommens seitens der national-fortschrittlichen Partei akademisch zugestanden worden sei. Unter lebhaften, zum Teile erregten Zwischenrufen, die alle seine Ausführungen begleiten, erklärt Abg. Dr. Pegan, daß für die Nationalität in Laibach nichts schädlicher gewesen sei als die nationale Lethargie. Von der Erinnerung an den 20. September 1908 seien nur noch die reinslowenischen Straßentafeln und die reinslowenischen Firmenschilder geblieben. — Der Entwurf dürfe nicht vom Zustandsstandpunkte beurteilt werden. Der Slowenischen Volkspartei müsse denn doch die Existenzberechtigung und der Wunsch zugebilligt werden, auch in der Gemeindevertretung Laibachs ein Wort mitreden zu dürfen. Die Bevölkerung Laibachs sei mit der herrschenden Gemeindeverwaltung unzufrieden; die Slowenische Volkspartei sei bisher immer bagatellisiert worden, und ein solches Vorgehen stoße schließlich auch bei dem Bescheidensten auf Widerstand. — Abg. Dr. Pegan kritisiert nun die Stadtverwaltung, der er Persekution der nicht national-fortschrittlichen und Bevorzugung derjenigen Beamenschaft vorhält, die gute Agitationsdienste leiste; selbständig denkende Gemeinderäte wür-

den aus der Gemeindestube entfernt. Das Schulwesen sei arg vernachlässigt, die Schulen seien überfüllt, wodurch jede individuelle Erziehung unmöglich gemacht werde. Aber man habe eine Schwebbahn auf den Schloßberg, ein Sommertheater erbauen wollen. Redner kritisiert die Ernennung der Schulärzte, bezw. die Nichternennung eines dem Bürgermeister mißliebigen Kompetenten. Die Unterstützung der dürftigen Schulkinder habe man der verhassten Krainischen Sparkasse überlassen. Es werde nicht einmal für die städtischen Arbeiter gesorgt, wohl aber würden sie zu agitatorischen Zwecken ausgenützt; die Dienstvermittlungstelle genieße so wenig Vertrauen, daß sich Dienstsuchende lieber an konzessionierte Unternehmungen dieser Art wendeten; Gemeinderäte beschäftigten sich an Lieferungen für die Stadt; die öffentlichen Lagerhäuser seien an zwei Unternehmer abgegeben worden, von denen der eine sogar ein Deutscher sei; im Pfandamte seien nur Beamte angestellt worden, die gute Agitatoren gewesen; die Bilanz des Elektrizitätswerkes sei gefälscht worden (Stürmischer Widerspruch und Entrüstungsrufe), weil keine Abschreibungen für die Abnutzung der Maschinen erfolgt seien; die Preise des elektrischen Lichtes stellten sich monatlich höher als auf dem Lande im ganzen Jahre; die Wassermesser seien vor den letzten Wahlen nur bei den Anhängern der Slowenischen Volkspartei wieder montiert worden; das Gaswerk werde als Politikum ausgenützt (Anstellung des Direktors und des Buchhalters); der Vertrag, betreffend die elektrische Straßenbahn, sei außerordentlich unvorteilhaft. — Alles dies rufe nach einer Remedur und habe die Slowenische Volkspartei zur Einbringung der Wahlreform gedrängt. — Nachdem Abg. Dr. Pegan u. a. noch die Geheimhaltung der in vertraulichen Sitzungen gefaßten Beschlüsse abfällig besprochen, verwahrt er sich gegen das Gerücht, er hätte auf eine unverbindliche Anfrage, betreffend die Einräumung einiger Mandate an die Slowenische Volkspartei, die Antwort gegeben, daß sich seine Partei den Deutschen gegenüber gebunden erachte. Durch den Gesetzentwurf werde seine Partei zu jener Geltung kommen, die ihr nach der Anzahl ihrer Wähler und ihrer Steuerkraft zustehen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Dražen führt aus, die Slowenische Volkspartei zeige stets das Bestreben, die national-fortschrittliche Partei an die Wand zu drücken. Das Schlagwort „Allgemeines und gleiches Wahlrecht“ sei seinerzeit zu politischer Agitation ausgebeutet, dann aber fallen gelassen worden, obwohl man dieses Wahlrecht mit Proportionalität leicht für den Landtag und die Gemeinden hätte einführen können. Der Gesetzentwurf entspringe nur dem Hass gegen die national-fortschrittliche Partei. Die Mehrheit möge doch lieber der bedrängten Lehrerschaft zu Hilfe kommen; sie tue es nicht, weil diese ihrer Mehrheit nach nicht zu ihrer Partei gehöre. Die Slowenische Volkspartei repräsentiere angeblich im Abgeordnetenhause eine mächtige Gruppe; warum lasse sie es dann zu, daß nach Krain deutsche Beamte kämen? (Landeshauptmann-Stellvertreter Freiherr von Liechtenberg übernimmt den Vorsitz.) Redner verweist darauf, daß es im Ministerium einen ausgezeichneten Fachmann Petrič gebe, der sich sicher um die Stelle, die dem Ingenieur Geilhofer verliehen wurde, beworben hätte, wenn sie ausgeschrieben worden wäre. — Die Slowenische Volkspartei zerre die Verwaltung der Stadtgemeinde Laibach in den Klut; sie habe ihr in der Affäre mit dem Militärverpflegungsmagazin empfindlichen Schaden verursacht. — Warum sei in den Gesetzentwurf nicht die Festlegung der slowenischen Geschäftssprache für den Laibacher Gemeinderat aufgenommen worden? — Im übrigen werde für die Mehrheit einmal der Tag kommen, wo sie von der Oberfläche verschwinden werde. (Schluß folgt.)

Die Wahlreform für die Stadtgemeinde Laibach.

Im nachstehenden veröffentlichen wir den in der 20. Sitzung des Krainischen Landtages in Verhandlung gezogenen Gesetzentwurf, mit welchem einige Bestimmungen der Gemeindeordnung für die Landeshauptstadt Laibach abgeändert und ergänzt werden und eine neue Gemeindevahlordnung erlassen wird. Der Entwurf hat folgenden Wortlaut:

Über Antrag des Landtages Meines Herzogtums Krain finde Ich anzuordnen, wie folgt:

Artikel I.

In Abänderung und Ergänzung der mit dem Gesetze vom 5. August 1887, L. G. Bl. Nr. 22, erlassenen Gemeindeordnung für die Landeshauptstadt Laibach haben an Stelle der nachfolgend bezeichneten Paragraphen der Gemeindeordnung, bezw. als Einschaltungen zu einzelnen Paragraphen die nachstehenden Bestimmungen zu treten:

Umfang und Einteilung des Gemeindegebietes.

§ 1. Das Gebiet der Stadtgemeinde Laibach umfaßt sechs Bezirke, und zwar:

1. Bezirk, Schulviertel genannt;

2. Bezirk, Jakobsviertel genannt;
3. Bezirk, Burgviertel genannt;
4. Bezirk, Bahnhofviertel genannt;
5. Bezirk, zu welchem die Orte Schwarzdorf (Crna Vas), Jlovica, Hauptmanca, Karolinengrund (Karolinista zemlja), Hradekthdorf (Hradeckega Vas) und Hühnerdorf (Kurja Vas) gehören;
6. Bezirk, Udmat genannt.

Diese Bezirke sind durch Gemeindebeschluss genau zu begrenzen und zum Zwecke der leichteren Besorgung der Gemeindeangelegenheiten nach Bedarf in Unterbezirke zu teilen.

Gebietsänderungen.

§ 1 a. Änderungen in den Grenzen der Stadtgemeinde, wodurch einzelne Gebietsteile von Nachbargemeinden mit der Stadtgemeinde vereinigt werden, ohne daß die Nachbargemeinden als Ortsgemeinden zu bestehen aufhören, oder wodurch einzelne Gebietsteile der Stadtgemeinde Nachbargemeinden zugewiesen werden, können durch den Landesauschuß im Einvernehmen mit der politischen Landesbehörde verfügt werden, ohne Unterschied, ob ein Einverständnis der an einer solchen Grenzänderung beteiligten Gemeinden erzielt wurde oder nicht.

Jedenfalls ist der Landesauschuß verpflichtet, noch ehe er um die Zustimmung der politischen Landesbehörde einschreitet, die Stadtgemeinde und die übrigen beteiligten Gemeinden aufzufordern, innerhalb einer bestimmten Präklusivfrist, die jedoch nicht kürzer sein darf als zwei Monate, ihre Äußerung über die beabsichtigte Gebietsänderung zu erstatten.

§ 1 b. Die Vereinigung bisher selbständiger Gemeinden mit der Stadtgemeinde Laibach kann nach vorausgegangener Erklärung der politischen Landesstelle, daß dieselbe dagegen aus öffentlichen Rücksichten nichts einzuwenden findet, durch einen Allerhöchst genehmigten Beschluß des Landtages erfolgen.

Gemeindeangehörige.

§ 3. Gemeindeangehörige sind jene Gemeindeglieder, welche in der Gemeinde heimatsberechtigt sind. Nur österreichische Staatsbürger können Gemeindeangehörige sein.

Die Erwerbung und der Verlust der Gemeindeangehörigkeit sind nach den Gesetzen, betreffend die Regelung der Heimatsverhältnisse zu beurteilen.

Über Gesuche um Verleihung des Heimatrechtes entscheidet der Gemeinderat.

Gegen Entscheidungen über Ansuchen, welche die freiwillige Aufnahme in den Gemeindeverband betreffen, sind Beschwerden nicht zulässig.

Für die freiwillige Aufnahme in den Gemeindeverband hat der Gesuchwerber eine einmalige Gebühr bis zu 200 K an die Gemeindefasse zu bezahlen.

Die Höhe der Gebühr bestimmt der Gemeinderat alljährlich in vorhinein.

Rechte der Gemeindeglieder und der Auswärtigen.

§ 11. Jedermann in der Gemeinde hat Anspruch:

- a) auf Schutz seiner Person und seines im Gemeindegebiete befindlichen Eigentums;
- b) auf Benützung des zu öffentlichem Gebrauche bestimmten Gemeingutes und der Gemeindeglieder nach Maß der betreffenden Einrichtungen.

Die Gemeindeglieder haben überdies das aktive und passive Wahlrecht für die Gemeindevertretung nach Maßgabe der Wahlordnung.

Die Gemeindeangehörigen haben im Falle der Verarmung das Recht auf Unterstützung oder Versorgung aus Gemeinemitteln nach Maßgabe ihrer Bedürftigkeit und der für die Armenversorgung bestehenden Einrichtungen.

Die Gemeindebürger haben nebst diesem Rechte der Gemeindeangehörigen auch Anspruch auf Versorgung aus den für sie bestimmten Stiftungen und Fonds.

Die Ehrenbürger haben die Rechte der Gemeindebürger, ohne mit ihnen die Verpflichtungen zu teilen.

Auswärtigen, die sich über ihre Heimatsberechtigung ausweisen oder wenigstens dartun, daß sie zur Erlangung eines solchen Nachweises die erforderlichen Schritte gemacht haben, darf die Gemeinde den Aufenthalt im Gemeindegebiete nicht verweigern, solange dieselben mit ihren Angehörigen einen unbescholtenen Lebenswandel führen und solange sie nicht auf die öffentliche Mildtätigkeit angewiesen sind.

Führt sich ein Auswärtiger in dieser Beziehung durch eine Verfügung der Gemeinde beschwert, so kann er sich um Abhilfe an die politische Landesbehörde wenden, gegen deren Entscheidung beiden Teilen die Berufung an das Ministerium des Innern offen steht. (Fortsetzung folgt.)

— (Krainischer Landtag.) Die Generaldebatte über die neue Wahlordnung für Laibach wurde gestern abends abgeführt, worauf das Haus das Eingehen in die Spezialdebatte beschloß. Schluß der Sitzung um 9 Uhr 35 Minuten. Nächste Sitzung heute um 11 Uhr vormittags.

** (Deutsches Theater in Laibach.) Seine k. u. k. Apostolische Majestät der Kaiser hat über die vom Ausschusse des Deutschen Theatervereines in der Allerhöchsten Audienz vom 3. d. M. alleruntertänigst vorgebrachte Bitte die Verennung des neuen deutschen Theaters in Laibach als „Kaiser Franz Joseph-Jubiläumstheater“ allergnädigst zu genehmigen geruht.

* (Regelung der Verwaltung zeitweiliger gewerblicher Unterrichtsanstalten.) In Ergänzung, bezw. Erläuterung seinerzeit erlassenen Direktiven über die Verwaltung zeitweiliger gewerblicher Unterrichtsveranstaltungen hat das k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten der Landesregierung für Krain eröffnet, daß die gedachte Weisung auf Unterrichtsveranstaltungen für Angehörige des Handelsstandes keine Anwendung findet, daß hinsichtlich derartiger Kurse vielmehr die Kompetenz des Ministeriums für Kultus und Unterricht eintritt. Es gehören somit die Administration und die Subventionierung aller Veranstaltungen, welche, sei es an kommerziellen Schulen oder von Handelsgenossenschaften oder anderen kaufmännischen Korporationen ohne Inanspruchnahme kommerzieller Lehranstalten für Angehörige des Handelsstandes getroffen werden in die Kompetenz des eben genannten Ministeriums, während zeitweilige gewerbliche Unterrichtsveranstaltungen für Gewerbetreibende im engeren Sinne, d. h. nicht für Angehörige des Handelsstandes, in die Kompetenz des Ministeriums für öffentliche Arbeiten fallen, was auch dann zutrifft, wenn derartige Kurse an kommerziellen Lehranstalten abgehalten werden. Wohl aber behält sich das Ministerium für Kultus und Unterricht in letzterem Falle die Genehmigung zur Inanspruchnahme der öffentlichen kommerziellen Schulen (Verwendung von Lehrkräften, Lokalitäten, Lehrmitteln) zu solchen Unterrichtsveranstaltungen im Sinne der einschlägigen speziellen Normen vor.

* (Lehrstellen am Ersten Staatsgymnasium in Laibach.) Am k. k. Ersten Staatsgymnasium in Laibach kommt mit Beginn des Schuljahres 1910/1911 eine definitive Lehrstelle für klassische Philologie als Haupt-, Slovenisch als Nebenfach und eine definitive Lehrstelle für Mathematik und Physik als Hauptfächer, beide mit deutscher und slovenischer Unterrichtssprache zur Besetzung. Gesuche sind bis Ende Februar beim k. k. Landeslehreramt für Krain einzubringen.

* (Marktverlegung.) Wie uns mitgeteilt wird, hat die k. k. Landesregierung für Krain der Gemeinde Littai die Verlegung des laut Privilegiumsurkunde Kaiser Franz I. vom 26. März 1833 am Dienstag nach Sankt Nikolaus abzuhaltenden Jahr- und Viehmarktes in Littai auf Montag nach St. Nikolaus mit der Maßgabe bewilligt, daß, wenn auf diesen Montag ein Feiertag fällt, der Markt am darauffolgenden Werktag abzuhalten ist.

** (Verein für Armenpflege in Laibach.) Dieser auf dem Gebiete menschenfreundlicher Nächstenliebe hervorragend wirkende Verein hielt am 24. d. M. abends im Kasino unter dem Vorsitze seines Obmannes Herrn Obersten i. R. Karl von Hollegha seine Jahreshauptversammlung ab. Derselbe begrüßte die Versammlung und erteilte sodann dem Zahlmeister des Vereines, Herrn Ferdinand Staudacher, zur Verlesung des Protokolles der letzten Hauptversammlung und zum Vortrage des Tätigkeitsberichtes das Wort. Den Anregungen, welche durch Mitglieder vorgebracht wurden, trug der Vereinsauschuß Rechnung. Aus dem Tätigkeitsberichte war zu entnehmen, daß 64 Bedürftige ohne Unterschied der Konfession und Nationalität mit Geldunterstützungen beteiligt wurden. Der Rechenschaftsbericht wurde genehmigt. Herr Dr. Ritter von Schoeppel empfahl u. a. dem Ausschusse, den humanitären Zweck des Vereines auch weiteren Kreisen der Bevölkerung bekannt zu geben. Dem abtretenden Ausschusse, namentlich den Herren Karl von Hollegha und Ferdinand Staudacher, wurde für ihre aufopfernde Tätigkeit sowie der Obmann-Stellvertreterin Frau Lina Kreuter-Galle, die wegen Übersiedlung von Laibach eine Wiederwahl ablehnte, der Dank der Versammlung durch Erheben von den Sigen zum Ausdruck gemacht. In den Ausschuß wurden wieder, bezw. neugewählt die Herren: Karl von Hollegha zum Obmann; Dr. Anton Ritter von Schoeppel zum Obmann-Stellvertreter; Julius Ritter v. H. Januschowsky zum Schriftführer; Ferdinand Staudacher zum Zahlmeister; Herr Josef Strzelba und Frau Kelly Högler zu Ausschußmitgliedern. Zu Rechnungsprüfern wurden wiedergewählt die Herren: Karl von Krasl und Artur Wahr.

— (Vorlesung Kosegger.) Der Frauenortsguppe des Vereines „Südmart“ in Laibach ist es geglückt, den Sohn des berühmten Volksdichters Peter Kosegger, Herrn Dr. Sepp Kosegger, für eine Vorlesung aus Werken seines Vaters in obersteirischer Mundart zu gewinnen. Die Vorlesung findet am 27. Februar im Saale der „Tonhalle“ statt und ist ihr Reinertrag dem Frauen- und Kinderhort der Ortsgruppe gewidmet.

— (Der ausgiebige Schnee) richtete vor allem in den Wäldern und Gärten an den Bäumen argen Schaden an, da er viele Gipfel und Äste abbrach. Man sieht dies auch in den Wäldern unserer Stadt. Das Wild flüchtete in die Täler und in die Nähe der menschlichen Wohnungen. So berichtet man aus Lajerbach, Nova Vas und Babno Polje im Gerichtsbezirke Laas, daß dort Hasen und Füchse bereits tägliche Gäste sind und sich des Nachts ungeniert bei Wirtschaftsgebäuden aufhalten. Die zugefrorene Schneedecke bildet eben jetzt für den Hasen ein sehr passendes Mittel, um in die Obst-

gärten zu gelangen und durch Abnagen der jungen Baumrinde seinen Hunger zu stillen. Am meisten haben aber auf dem flachen Lande die Vögel zu erleiden, denn da mangelt es überall an Vögel-Futterfätschen! Zwischen Suchen und Gottschee kam man in Velika Gora auf Bärenspuren, die von der kroatischen Grenze herühren.

— (Schnee- und Verkehrsstörungen.) In der Ebene von Inner- und Oberkrain weist die Schneedecke eine Höhe von 40, in Gebirgsgegenden eine solche von 60 Zentimetern auf. Sowohl auf dem Lande als auch auf den Bezirksstraßen traten überall bereits Samstag früh Schneepflüge in Aktion. Die Fahrposten hatten überall bedeutende Störungen zu erleiden und trafen mit größeren oder kleineren Verspätungen ein. In den Gebirgsgegenden des Voitscher und Adelsberger Bezirkes sind die Wege total verschneit, die Verbindung zwischen einzelnen Ortschaften abgeschnitten; inselgedessen ist auch der Schulbesuch ein sehr schwacher.

— (Verkehrsstörung.) Der Steiner Zug, der gestern um 11 Uhr vormittags in Laibach eintreffen sollte, ist infolge Wassermangels gerade vor der Signalflechte bei Laibach im Schnee stecken geblieben. Es wurden zwei Hilfslokomotiven beigelegt, doch konnten sie den Zug nicht weiterbringen, weil die Maschine nur fünf Kubikmeter Wasserraum hat, das Wasser aber ausgegangen war. Die Maschine konnte von den Arbeitern erst nach 2 Uhr nachmittags freigelegt und dann mittelst Hilfsmaschinen ins Heizhaus überführt werden.

— (Besitzwechsel.) Das ehemals dem Herrn Malitsch gehörige Haus Nr. 5 an der Ecke der Knasfl- und Schellenburggasse, wo viele Jahre hindurch die Postamtslokalitäten untergebracht waren, wurde von den Herren Ivan Bonac und Anton Sarc um den Preis von 170.000 K käuflich erworben.

— (Preisverhältnisse auf größeren Kindermärkten in Krain im Monate Dezember 1909.) Nach amtlichen Berichten betrug der Durchschnittspreis für 100 Kilogramm Lebendgewicht auf den Kindermärkten im politischen Bezirke Adelsberg für Mastochsen 72 K, für halbfette Ochsen 64 K, für magere Ochsen 56 K; im politischen Bezirke Gottschee für Mastochsen 72 bis 76 K, für halbfette Ochsen 62 bis 66 K, für magere Ochsen 58 bis 64 K; im politischen Bezirke Gurkfeld für Mastochsen 62 bis 70 K, für halbfette Ochsen 56 bis 62 K, für magere Ochsen 54 bis 56 K; im politischen Bezirke Krainburg für Mastochsen 70 bis 80 K, für halbfette Ochsen 60 bis 66 K, für magere Ochsen 54 bis 60 K; im politischen Bezirke Littai für Mastochsen 72 bis 78 K, für halbfette Ochsen 60 bis 66 K, für magere Ochsen 54 bis 60 K; im politischen Bezirke Voitsch für Mastochsen 68 K, für halbfette Ochsen 66 K, für magere Ochsen 64 K; im politischen Bezirke Rudolfswert für Mastochsen 68 K, für halbfette Ochsen 64 K, für magere Ochsen 54 bis 60 K; im politischen Bezirke Stein für Mastochsen 72 K, für halbfette Ochsen 64 K, für magere Ochsen 60 K und im politischen Bezirke Tschernembl für Mastochsen 68 K, für halbfette Ochsen 60 bis 64 K, für magere Ochsen 50 bis 52 K.

— (Wetterbericht.) Der außerordentlich dicke und reichliche Schneefall hat gestern nachmittags aufgehört. Infolge andauernder warmer Luftströmungen in den höheren Luftschichten stieg abends die Temperatur bis 1,0 Grad Celsius; sie sank jedoch heute früh wieder auf -1,8 Grad Celsius. Der Luftdruck, der gestern nachmittags einen seit Jahren nicht beobachteten tiefen Stand von nur 712 Millimetern erreichte, ist im langsame Steigen begriffen. Tiefen Luftdruck hatte gestern überhaupt ganz Mitteleuropa, über welchem eine tiefe Depression lagerte und ein sekundäres Minimum über Italien auslöste. Die meisten Stationen südlich von den Alpen melden intensive Niederschläge in Form von Regen und Schnee. Die Beobachtungsstationen melden gestern früh folgende Temperaturen: Laibach -2,2 (Schneefall), Klagenfurt -8,8 (Schneefall), Görz 2,4 (Regen), Triest 6,0 (Regen), Pola 7,4 (Regen), Abbazia 7,6 (Regen), Agram 2,9, Sarajevo -12,4, Graz -3,2, Wien -4,2, Prag -1,5, Berlin -0,6, Paris 2,4, Florenz 2,8 (Regen), Petersburg -13,9 (Schneefall); die Höhenstationen: Obir -7,5 (Schneefall), Sonnblick -16,2 Grad Celsius. Die nächste Zeit wird veränderliches, zu Niederschlägen geneigtes Wetter mit wenig veränderter Temperatur bringen.

Telegramme

des k. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.

Serbien.

Belgrad, 25. Jänner. Unläßlich der am Donnerstag erfolgenden Abreise des Prinzen Georg nach Gornji Milanovac wird die Regierung dem Prinzen Offiziersgeleit geben, um dadurch zu befunden, daß dessen Einreihung bei der Truppe nicht als Strafe zu gelten habe. Es verlautet, daß der Minister des Innern Jovanovic zurücktreten werde, sobald Prinz Georg in seiner neuen Garnison den Dienst angetreten haben wird. Desgleichen werde auch der Stadtpräsident einen anderen Posten erhalten. Wie die Blätter melden, hat Prinz Georg gestern um eine Audienz beim König angefragt, doch habe dieser abgelehnt, den Prinzen zu empfangen.

Belgrad, 25. Jänner. „Beogradske Novine“ melden, daß einige Sorianer Blätter den Besuch des Kron-

prinzen Alexander in Sofia mit dessen bevorstehender Verlobung mit der Prinzessin Eudoxia in Zusammenhang bringen.

Die Überschwemmungen in Frankreich.

Paris, 25. Jänner. Die Überschwemmung macht Fortschritte, insbesondere in den Vierteln Bercy, Grenelle, Invalides und hinter dem Bahnhof am Quai d'Orsay, wo in manchen Straßen das Wasser einen Meter hoch steht.

Die Wahlen in England.

London, 25. Jänner. Bis halb 3 Uhr nachmittags waren gewählt: 236 Unionisten, 205 Liberale und 35 Arbeitspartei, sowie 70 Nationalisten.

Berichtsvollender Redakteur: Anton Funkef.

SARG, WIEN. 60 KALODONT BESTE ZAHN-CRÈME. (576) 42-40

Angekommene Fremde.

Hotel Elefant.

Am 24. Jänner. Fürst Auersperg, Herzog von Gottschee, Gottschee. — Gmeyer, Direktor, Carmel. — Telefant, Direktorstellvertreter, Klagenfurt.

Verstorbene.

Am 24. Jänner. Franz Dgrin, Schlossergehilfensohn, 2 Mon., Radeckega cesta 2.

Landestheater in Laibach.

53. Vorstellung. Ungerader Tag.

Heute Mittwoch den 26. Jänner

zum erstenmale:

Der Graf von Luxemburg.

Operette in drei Akten von A. M. Willner und Robert Bodansky. — Musik von Franz Lehár.

Anfang um halb 8 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Seehöhe 306.2 m. Mittl. Luftdruck 736.0 mm.

Table with columns: Jänner, Zeit der Beobachtung, Barometerstand, Lufttemperatur, Wind, Anhalt des Himmels, Niederschlag.

Seismische Berichte und Beobachtungen

der Laibacher Erdbebenwarte

(gegründet von der Krainischen Sparkasse 1897.)

(Ort: Gebäude der k. k. Staats-Oberrealschule.)

Lage: Nördl. Breite 46° 03'; Östl. Länge von Greenwich 14° 31'.

Bebenberichte: Am 20. Jänner gegen 20 Uhr 35 Minuten Aufzeichnung in Catania und Mineo. — Am 22. Jänner gegen 4 Uhr 40 Minuten Stoß IV. Grades in Messina; gegen 10 Uhr am gleichen Tage Fernbebenaufzeichnung in Rocca di Papa und Tarent.

Bodennunruhe: Start**.

* Die Zeitangaben beziehen sich auf mitteleuropäische Zeit und werden von Mitternacht bis Mitternacht 0 Uhr bis 24 Uhr gezählt. ** Die Bodennunruhe wird in folgenden Stärkegraden klassifiziert: Ausschläge bis zu 1 Millimeter = sehr schwach, von 1 bis 2 Millimeter = schwach, von 2 bis 4 Millimeter = mäßig stark, von 4 bis 7 Millimeter = stark, von 7 bis 10 Millimetern = sehr stark, über 10 Millimeter = außerordentlich stark.

Elektrograph „Ideal“ (im Hotel „Stadt Wien“).

Programm

(271)

vom 26. bis 28. Jänner 1910:

1.) Melila, die letzten Ereignisse (interessant nach der Natur). — 2.) Das Balkanblut. (Die letzte Neuheit, in diesem Bilde sieht man die Vaterlandsliebe und die schönen Landschaften Balkans.) — 3.) Der Talisman des Geigers (prächtige Projektion in Farben, die Sage von der Müllers-tochter). — 4.) Das Dienstmädchen als Vorsitzende (komisch).

Kinematograph Pathé (früher Edison).

Programm

(216)

vom 26. bis 28. Jänner 1910:

1.) Eine Trauung in Algerien (nach der Natur, für uns zugleich komisch). — 2.) Mama, Papa und Baby (possenhafte). — 3.) Die vereisten Niagarafälle in Amerika (prächtig nach der Natur). — 4.) Camargo (historisches Drama aus der Zeit Ludwig des XV.). — 5.) Das Dienstmädchen haben sie erschlagen (komisch).

Kinematograph-Vorstellungen für Studenten und die Jugend

finden jeden Donnerstag und Samstag statt, und zwar wie bisher um 3, 4, 5 und 6 Uhr abends. Die Bilder werden vorher von der löbl. Landesregierung und dem löbl. Stadtmagistrate durchgesehen und vollkommen dem Beschlusse des löbl. Landeschulrates entsprechen.

Zu zahlreichem Besuche empfehlen sich höflichst

die Direktionen

„Ideal“ und „Pathé“.

Kurse an der Wiener Börse (nach dem offiziellen Kursblatte) vom 25. Jänner 1910.

Die notierten Kurse verstehen sich in Kronenwährung. Die Notierung sämtlicher Aktien und der „Diversen Lose“ versteht sich per Stück.

Large table of stock market data with columns for various securities, bonds, and exchange rates.

Ein- und Verkauf von Renten, Pfandbriefen, Prioritäten, Aktien, Losen etc., Devisen und Valuten. J. C. Mayer Bank- und Wechselgeschäft Laibach, Stritarergasse. Privat-Depots (Safe-Deposits) unter eigenem Verschluss der Partei.